



Antrag

der Fraktion der SPD

„Wohnen für Hilfe“ stärken: Landesweite Plattform aufbauen und Beratungsangebote schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Konzept „Wohnen für Hilfe“ in Schleswig-Holstein gezielt auszubauen und als feste Säule einer solidarischen Wohn- und Sozialpolitik zu etablieren. Dazu sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Eine landesweite Online-Plattform schaffen
Aufbau einer zentralen, digitalen und barrierefreien Vermittlungsplattform für Schleswig-Holstein, auf der Wohnraumgebende (z. B. Seniorinnen und Senioren, Familien) und Wohnraumsuchende (z. B. Studierende, Auszubildende) Angebote und Gesuche unkompliziert zusammenführen können.
2. Landesweite Beratungs- und Vermittlungsstrukturen aufbauen
Einrichtung und finanzielle Unterstützung regionaler Beratungsstellen, die Wohnraumgebende und Wohnraumsuchende zusammenbringen, rechtssichere Vereinbarungen (Mietverträge auf Basis von Hilfsleistungen) begleiten und als verlässliche Ansprechpartner bei Konflikten dienen.
3. Standards und Sicherheit gewährleisten
Entwicklung landesweiter Qualitätskriterien für faire Vereinbarungen über Leistungen und Gegenleistungen, um Konflikte und Benachteiligungen einer Seite zu verhindern und gegenseitiges Vertrauen zu schaffen.
4. Öffentlichkeitsarbeit stärken:
Eine gezielte Informationskampagne zu starten, um das Konzept im ganzen Land bekannt zu machen und Vorurteile abzubauen.

Begründung

Der Druck auf den Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein ist hoch. Insbesondere Studierende, Auszubildende und Alleinerziehende suchen händeringend nach bezahlbarem Wohnraum. Gleichzeitig leben viele ältere Menschen in zu groß gewordenem Wohnraum und wünschen sich Unterstützung im Alltag, sei es beim Einkaufen, der Gartenarbeit oder einfachen Tätigkeiten im Haushalt.

Das Konzept „Wohnen für Hilfe“ verbindet diese Interessen passgenau: Es entlastet den Wohnungsmarkt ohne Neubau, bekämpft Einsamkeit im Alter und fördert den Zusammenhalt der Generationen.

Bisherige Initiativen sind oft lokal begrenzt und personell nur gering ausgestattet. Damit aus Einzelprojekten ein wirksames landesweites Angebot wird, braucht es die Unterstützung des Landes durch eine moderne digitale Infrastruktur und professionelle Beratung vor Ort.

Thomas Hölck
und Fraktion